

Bericht über die 5. Young-Leaders-Club Konferenz in Leipzig Donnerstag 5. bis Sonntag 8. November 1998

Unter reger Teilnahme von knapp 30 Clubmitgliedern und zwei Gastreferenten aus der Russischen Botschaft in Bonn und dem Russischen Haus in Berlin fand das diesjährige Herbsttreffen des Young-Leader-Clubs in Leipzig statt. Im Hotel Ratskeller Plagwitz etwas außerhalb der Innenstadt, dafür preisgünstig in der Nähe unseres Tagungsortes, der IKB-Bank, gelegen, waren wir bequem untergebracht und hatten auch die Möglichkeit, am ersten Sitzungstag den Tagungsraum des Hotels zu nutzen. Die übrigen Tage waren wir Gast in dem komfortablen, geschmackvoll restaurierten Jugendstilgebäude der IKB-Bank, die uns, insbesondere in der Person von Dirk Meissner, rundum verwöhnte und eine angenehme Arbeitsatmosphäre schuf.

Die im Verlauf der Konferenz häufig thematisierte Krise in Rußland spiegelte sich bereits im ersten Vortrag von Elena Maljeva über **„Klein- und mittelständische Unternehmen in Rußland - Perspektiven der Fördermöglichkeiten durch die russische Regierung“** wider. Das Staatliche Komitee für mittleres und kleines Unternehmertum, Elenas frühere Wirkungsstätte, existiert seit zwei Wochen nicht mehr, sondern wurde zusammen mit dem Komitee für Antimonopolpolitik in ein Ministerium für Antimonopolpolitik und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen umgewandelt. Wie wichtig diese Förderung ist, machten einige statistische Angaben deutlich, nach denen ca. 845 000 kleine und mittlere Unternehmen mit 8,3 Mio. Beschäftigten existieren, die 10 bis 12 % des Bruttosozialprodukts erwirtschaften. Die Lebensdauer vieler Unternehmen ist jedoch recht kurz, da sie mit organisatorischen Problemen (Registrierung, Kontoeröffnung usw.), materiellen und technischen Problemen (Fehlen von Räumlichkeiten, moderner Ausrüstung und qualifiziertem Personal) und finanziellen Problemen (schlechte Kreditbedingungen, Zahlungsverzug) zu kämpfen haben. Angesichts dieser Probleme wird die Notwendigkeit erkannt, kleine und mittlere Unternehmen durch spezielle Programme zu unterstützen. Das neu gegründete Ministerium hat noch kein spezielles Programm vorgelegt, aber auch in den Regionen gibt es Kommissionen, die in dieser Richtung arbeiten. Elena erläuterte die Situation in Nishnij Nowgorod, wo sie Direktorin der Abteilung für internationale- und Außenwirtschaftsbeziehungen der Stadt ist. Die unter dem Vorsitz von Nemzow gegründete Kommission zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen soll bis zum 20.11. Vorschläge über finanzielle und steuerliche Erleichterungen ausarbeiten. Daneben gibt es eine Stiftung zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, für die man westliche Investoren zu gewinnen sucht, denen durch Steuererleichterungen Anreize geschaffen werden sollen, sich finanziell zu engagieren.

Die Bedeutung der klein- und mittelständigen Unternehmen für Rußland wird erkannt, ob es allerdings gelingt, die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen für sie zu verbessern, bleibt abzuwarten.

Unter dem Titel „180 km Akten - eine Grenze oder eine Brücke zwischen Ost- und Westdeutschland“ referierte der Leiter Forschung und Bildung der **Gauck-Behörde**, Dr. Siegfried Suckut, über Geschichte und Aktivitäten der Gauck-Behörde. Entstanden Ende 1989/Anfang 1990 im Zuge der friedlichen Revolution in der DDR, ging es zunächst darum, die in den Stasi-Archiven lagernden Akten vor Vernichtung zu sichern. Die letzte und einzige frei gewählte Volkskammer der DDR schrieb im August 1990 per Gesetz das Recht der Betroffenen auf Akteneinsicht fest. Auf diesem Gesetz basiert das im Dezember 1991 vom ersten gesamtdeutschen Bundestag verabschiedete Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zentrales Anliegen des Gesetzes ist das Recht des einzelnen auf Akteneinsicht, das bislang in 1,5 Mio. Fällen gewährt wurde. Es war ein einmaliger Vorgang, daß Unterlagen eines Geheimdienstes ohne Sperrfrist veröffentlicht wurden. Der wesentliche Unterschied zu anderen Geheimdiensten bestand jedoch darin, daß es ein von einer Partei, nämlich der SED, dominierter Geheimdienst war. Man könnte vermuten, daß die Akteneinsicht das Zusammenwachsen von Ost und West behindern oder Fälle von Selbstjustiz nach sich ziehen könnte. Diese möglichen Einwände konnte Dr. Suckut überzeugend widerlegen. Wenn man die Akten nicht geöffnet hätte, könnten IMs (Inoffizielle Mitarbeiter) wichtige Positionen in der Politik einnehmen, da man ihnen Stasi-Mitarbeit nicht nachweisen könnte, oder es könnten Unschuldige verleumdet werden, als IM fungiert zu haben, die dann wiederum ihre Unschuld nicht unter Beweis stellen könnten. Wichtig sei die Aktenöffnung außerdem für Rehabilitierungsverfahren und für Forschungsprojekte. Nach den Erfahrungen der Gauck-Behörde seien auch keine Fälle von Selbstjustiz aufgetreten. Auch der Vorwurf, eine „großinquisitorische Einrichtung“ zu sein, wurde zurückgewiesen. Die Behörde überprüfe nur auf Antrag und eine Suspendierung vom Dienst erfolge nur, wenn die Weiterarbeit nicht zumutbar sei. Das heißt, daß es in jedem Fall eine Einzelfallprüfung gibt (allerdings nicht durch die Gauck-Behörde, die nur mitteilt, ob jemand IM war oder nicht), die in vielen Fällen auch bei nachgewiesener Stasi-Mitarbeit keine Kündigung nach sich zieht. Problematisiert wurde, daß man für den gleichen Tatbestand beispielsweise in Sachsen seinen Job verlieren, hingegen in Brandenburg im Amt bleiben kann. Kritisiert wurde außerdem die Schieflage in der deutschen Gesetzgebung. Mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz hätte auch das Bundesarchivgesetz überarbeitet werden müssen, um die Nazi-Vergangenheit genauso schonungslos aufzudecken. Eine Schieflage sei außerdem

dadurch aufgetreten, daß Westdeutsche fast nie überprüft würden. Der Runde Tisch Anfang 1990 hatte der Vernichtung der Westakten zugestimmt, die dann auch fast völlig vollzogen wurde.

Insgesamt wurde der behutsame Umgang der Gauck-Behörde mit den Akten und den Betroffenen gelobt und die Überzeugung geäußert, daß der soziale Frieden langfristig gefördert würde.

Der Umgang mit Geschichte stand auch im Mittelpunkt der Vortrages von Corinna Kuhr vom Historischen Institut der Universität Jena, die bei ihrem **Thema „Vergessen oder Verarbeiten: Umgang mit Vergangenheit in Rußland und Deutschland“** von der These ausging, daß die russische Gesellschaft eine Opfergesellschaft und die deutsche Gesellschaft eine Tätergesellschaft sei. Die Opferrolle Rußlands äußere sich darin, daß immer andere für Probleme in Rußland verantwortlich seien: die Mafia, das internationale Kapital o.a. Dieser Hilflosigkeit und Orientierungslosigkeit stehe das Gefühl der Mächtigkeit gegenüber. In Deutschland sei es umgekehrt: es sei mächtig, ohne das unbedingt sein zu wollen, was sich z.B. in der Angst manifestiere, Verantwortung in der Außenpolitik zu übernehmen, der Angst, wieder Täter zu werden. Am Umgang mit der Geschichte in den beiden Ländern wurde deutlich gemacht, daß sich Russen immer in der Rolle des Opfers sehen, während die Deutschen sich durch ihre Schuld im 2. Weltkrieg als Täter sehen. Wie weit diese Sichtweise auch noch die Gegenwart bestimmt, wurde an der Rede Martin Walsers zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Oktober deutlich. Schon Ende der 80er Jahre kritisierte er das Tätergefühl, und die Reaktion auf seine Rede zeigte, daß das Problem der Täterrolle noch lange nicht ausgestanden ist. Ob Rußland auch so lange braucht, um von der Opferrolle loszukommen? Man war sich einig, daß Rußland seine Stellung in der Welt finden und mehr Eigenverantwortung übernehmen müsse.

Lebendig mit Geschichte konfrontiert wurden wir bei einer **Stadtführung durch Leipzig**, wobei der Messestandort Leipzig immer wieder anschaulich wurde an schön restaurierten Messegebäuden vom Anfang des Jahrhunderts, die nun angesichts des neuen Messegeländes aber weitgehend einer anderen Bestimmung zugeführt werden. Leipzig als Zentrum der friedlichen Revolution wurde besonders an der Nikolaikirche bewußt. Ansonsten beeindruckten wunderbar restaurierte Jugendstilgebäude und Passagen, die nur leider vielfach leer stehen, da die Attraktivität der Standortes Leipzig nicht groß genug zu sein scheint. Immer wieder stießen wir auf die reiche kulturelle Vergangenheit Leipzigs, für die solche Persönlichkeiten wie Goethe (ein Abend in Auerbaches Keller durfte natürlich nicht fehlen, wo ein Grüppchen so inspiriert wurde, daß es mit verteilten Rollen den „Faust“ las), Schiller, Mendelssohn-Bartholdy, Wagner, Schumann und Johann Sebastian Bach stehen. Auf den Spuren Bachs lauschten wir in der **Thomaskirche**, wo Bach lange Jahre als Thomaskantor wirkte und auch begraben liegt, einer Motette mit dem Thomanerchor.

Um den **Transformationsprozeß in Rußland** und eine Vorausschau für den Beginn des kommenden Jahrhunderts ging es in einem Vortrag von Georg Schneider von der Robert Bosch GmbH, Saratow. Es wurde deutlich, daß für den Umbau der wirtschaftlichen Ordnung von einer Zentral- zur Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Preisprinzip, offenen Märkten, einem Primat der Währungspolitik, Privateigentum, konstanter Wirtschaftspolitik und Vertragsfreiheit die sittlich-kulturellen Voraussetzungen einer demokratischen Zivilgesellschaft entscheidend sind. Diese setzen ein freiheitskonformes Normensystem mit einer Rechts- und Freiheitskultur, einer Unternehmerkultur und einer demokratischen Kultur voraus. Da der Transformationsprozeß zukunftsorientiert sei, der Ausgang offen und das Ergebnis ungewiß, könne man nicht davon ausgehen, daß er evolutarisch vonstatten ginge, sondern von oben gesteuert werden müsse. Die dafür in Frage kommenden Eliten seien aber mit dem alten System verbunden, der Rückgriff auf Traditionen und Werte der Marktwirtschaft kaum möglich und intersozietäre Adaption durch die Abschottung Rußlands zu Sowjetzeiten ebenfalls sehr schwierig. Der „slawische Typ“ sei geprägt durch Autokratie, Orthodoxie und Volksidee im Unterschied zum Westen mit seiner Prägung durch Renaissance, Reformation und bürgerliche Revolution. Daraus wurde die Schlußfolgerung abgeleitet, daß die Transformation in Rußland als Kultur(r)evolution erscheine. Diese habe in Westeuropa im Laufe von 500 Jahren stattgefunden, weshalb man auch in Rußland mindestens ein bis zwei Generationen brauche, um den Transformationsprozeß zu vollziehen. An dem Vortrag entspann sich eine rege Diskussion über die Rolle des Westens im Transformationsprozeß. Es solle mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, was Marktwirtschaft sei. Derzeit gäbe es in Rußland keine funktionierende Marktwirtschaft, aber alle Mißstände würden unter dem Stichwort Marktwirtschaft angeprangert. Marktwirtschaft dürfe nicht aufoktroiert werden, sondern müsse von unten kommen, deswegen solle westliche Beratung kritisch hinterfragt werden. Aufgabe des Westens könne es sein, (versteckte) Eliten zu finden. 10 Jahre seien im Westen damit vertan worden, nur nach Moskau zu schauen, erst auf Gorbatschow, dann auf Jelzin, es wäre an der Zeit, auch den Regionen mehr Beachtung zu schenken. Erfolgversprechend könne eine Zusammenarbeit mit potentiellen, neuen Eliten, die auch einen neuen Führungsstil haben, sein. Besonders von den russischen Teilnehmern kam die Forderung, daß Rußland sich selber darüber klar werden müsse, was es wolle und sich fragen solle, wie es das aus eigener Kraft erreichen könne. Rußland müsse selber denken, entscheiden und eigenverantwortlich handeln. Für westliche Beratung solle gezahlt werden, um den kritischeren Umgang mit und Nutzen der Beratung zu verstärken.

Die Aktivitäten des **Russischen Hauses in Berlin** standen im Zentrum der Beiträge von Botschaftsrat Pjotr Kudinow von der Botschaft der Russischen Föderation in Bonn und Sergei Shurawl'jow, Stv. Direktor des Russischen Hauses Berlin. Obwohl das Russische Haus eine Vertretung des Russischen Zentrums für wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit bei der Regierung der RF ist und als Staatseinrichtung vom Außenministerium unterstützt wird, bekommt es keine große finanzielle Unterstützung. Die finanzielle Lage wird dadurch aufge bessert, daß das Russische Haus einen Teil seiner Räumlichkeiten vermietet. Es ist mit 29000 qm Fläche, darunter einem Konzertsaal, Kinosaal, einer Bibliothek, Salons u.a. sehr gut ausgestattet. Die Angebotspalette ist breit, sie reicht von Konzerten, Theatervorführungen, Ausstellungen über Filme, Buchpräsentationen, Sprachkurse, Musik- und Kunstunterricht für Kinder bis hin zu Aerobic- und Ballettunterricht. Auch Konferenzen werden ausgerichtet und wissenschaftliche Vorträge gehalten. Bedauert wurde, daß sich die Aktivitäten des russischen Hauses ausschließlich auf Berlin beziehen und man fragte sich, ob nicht noch mehr für die bilateralen deutsch-russischen Kulturbeziehungen getan werden könnte bzw. was auch das Russische Haus dazu beitragen könnte, das negative Image Rußlands in der deutschen Presse zu verbessern.

Andreas Brenner berichtete über seine Wirkungsstätte, die **Deutsche Welle**. In den 50er Jahren gegründet, bezieht die Deutsche Welle ihr Geld vom Innenministerium. Ein Gesetz über die Deutsche Welle regelt ihre Tätigkeit, die vor allem darin besteht, im Ausland ein umfassendes Bild vom Leben in Deutschland in allen seinen Bereichen zu geben. Immer wieder wurde versucht, die Deutsche Welle als verlängerten Arm der Regierung zu instrumentalisieren, wogegen diese sich aber immer zur Wehr gesetzt hat. Die DW unterhält 34 Fremdsprachenprogramme, die in erster Linie über Kurzwelle empfangen werden können. In Köln arbeiten über 2000 Mitarbeiter. Es gibt auch das DW Fernsehen in Berlin. Andreas berichtete ausführlich über das russischsprachige Programm der DW. Die Berichterstattung beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sondern beleuchtet Ereignisse aus der ganzen Welt, inklusive Rußland. Jeden Tag wird ein 2-Std.-Block neu gesendet, der mehrmals am Tag wiederholt, bzw. von anderen Sendern in Auszügen gesendet wird. Nur die Nachrichten werden live gesendet und mehrmals täglich aktualisiert. Man sei besonders darum bemüht, objektive, sachliche Informationen zu liefern und Kommentare streng von Fakten zu trennen, eine journalistische Herangehensweise, die sich in Rußland noch nicht überall durchgesetzt hat. Kritisch wurde angemerkt, daß die DW angesichts nicht vorhandener Konkurrenz eventuell mit ihrer Programmgestaltung nicht immer sehr fortschrittlich sei.

Andrej Gontscharow von der DG Bank, Frankfurt, berichtete uns über seine Heimat, „**Die Halbinsel Krim - die zentrale Rolle einer peripheren Region**“. Die einmalige Vielfalt an Menschen, Kulturen, Natur und Klima faßte er in dem Bild „bunter Blumenstrauß“ zusammen, dem er mit seinem Vortrag auch gerecht wurde. Die Krim liegt auf den alten Handelsrouten zwischen Orient und Okzident, der Name selbst ist mongolischen Ursprungs und bedeutet „Fels“, „Festung“. Die Bevölkerung umfaßt 101 Nationalitäten, unter denen die Russen dominieren, dann folgen Ukrainer und Krim-Tataren. Entsprechend finden sich verschiedene Religionen, orthodoxe Christen und Mohammedaner. Auch das Klima ist sehr vielfältig. Die wechselvolle Geschichte der Krim, in der Genueser, Griechen, Hunnen, Venezianer, Türken, Russen, Ukrainer und Krim-Tataren eine Rolle spielten, läßt sich hier nicht wiedergeben. Seit 1991 gehört die Krim zur Ukraine, deren wirtschaftliche Probleme sich auf der Krim besonders stark auswirken. Es gibt große Probleme mit der Wasser-, Öl- und Gasversorgung, die Leichtindustrie hat starke Einbußen zu verzeichnen und es herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Ungeachtet der Probleme, mit denen die Krim zu kämpfen hat, gelang es Andrej, seine Heimat so sympathisch darzustellen, daß nach dem Vortrag vielfach zu hören war, ein Krimbesuch stehe nun bei den Reiseplänen obenan.

Letzter Programmpunkt war ein Besuch der **Leipziger Messe** unter Führung von Welf Zöller. Das für 1,2 Mrd. DM errichtete neue Messegelände beeindruckte durch seine Leichtigkeit und Helle, die es trotz der Größe ausstrahlte. Die Leipziger Messe nimmt in Deutschland Platz 8, international den 18. Rang ein. Der Bau der neuen Messe wurde erforderlich, weil damit eine bessere Infrastruktur, besonders verkehrstechnischer Art, gewährleistet werden konnte als es im Stadtzentrum möglich war. Es stellt sich trotzdem die Frage, ob angesichts der vorhandenen großen Messeplätze in Deutschland wie Frankfurt, Köln, Hannover und Düsseldorf dieser Neubau sinnvoll und notwendig war. Rein wirtschaftlich muß man die Frage verneinen, denn die Leipziger Messe schreibt rote Zahlen und wird dies auch noch einige Jahre tun, aber es ging darum, ein politisches Zeichen zu setzen und Besucher nach Leipzig zu locken. Von den Messen profitiert die ganze Stadt mit Hotels, Geschäften, Restaurants usw.

Das Clubtreffen in Leipzig begeisterte nicht nur durch die kenntnisreichen und anregenden Vorträge, sondern auch durch die zwischenmenschlichen Kontakte, die immer enger werden.

Regine Kayser